

Willkommen in Deutschland

09. April 2015

BZ-GASTBEITRAG: Klaus F. Zimmermann sieht in einem modernen Einwanderungsgesetz eine Visitenkarte für die Welt.

Wir sind derzeit Zeugen zweier kräftig einsetzender Veränderungen, die die Zukunft von Arbeitsmarkt und Gesellschaft in Deutschland gewaltig beeinflussen werden. Dies ist die demografisch bedingte Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung und die um sich greifende digitale Wirtschaft. Sie schaffen künftig größere und andere Bedarfe an Fachkräften, die nicht automatisch ausreichend bei uns zur Verfügung stehen werden.

Auch deshalb stehen Zuwanderungsfragen im Blickpunkt von Debatten, mit ihnen verbinden sich Hoffnungen und Befürchtungen. Dabei werden unterschiedliche Sachverhalte oftmals bunt miteinander vermischt. Einwanderung ist eine wichtige Strategie, sich die langfristig benötigten Fachkräfte zu sichern. Die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes wäre eine vereinbarte gesellschaftspolitische Strategie, wie mit dieser Herausforderung umgegangen werden soll. Deshalb ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Debatte, die Notwendigkeiten prüft und Handlungsoptionen darlegt.

Die Politik ist über viele Parteigrenzen hinweg endlich bereit, eine solche Debatte zu führen, mit der sie auch in der Lage sein könnte, große Teile der Bevölkerung durch Vermittlung der Zusammenhänge mitzunehmen. Wir sind dabei nicht allein: Unsere europäischen Partnerländer stehen vor den gleichen Fragen. Die klassischen Einwanderungsländer wie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland sind gut aufgestellt. Und China, erkennbar das Land mit dem langfristig größten Bedarf an qualifizierter Zuwanderung, betreibt nicht umsonst eine massive Talentpolitik und plant seine Positionierung langfristig als Weltmarktführer bei der Produktion von Humankapital noch vor den USA. Dies schließt Bildungsanstrengungen, das Anziehen ausländischer und Versenden chinesischer Studenten zur Ausbildung und die Zuwanderung von Talenten anderer Länder in den chinesischen Arbeitsmarkt mit ein.

Deutschland braucht zur Sicherung seines langfristigen Fachkräftebedarfes einer Strategie, die von den Einwanderungsländern lernt und somit wettbewerbsfähig ist. Denn bisher gilt Deutschland nicht als Einwanderungsland. Kurzfristig ist es nötig, die deutschen Unternehmen bei der Rekrutierung von Fachkräften für temporäre Zuwanderung aus Drittstaaten (den Ländern außerhalb der EU) und generell von Arbeitskräften aus der EU (für die es keine legalen Eintrittsschranken gibt) zu unterstützen. Dies geschieht am besten über den Filter des Arbeitsplatzangebots, ist aber trotz weitgehend offener Grenzen selbst innerhalb der EU wenig erfolgreich. Daneben ist es sinnvoll, stärker global um Studenten zu werben, die mit einer deutschen Ausbildung und dann deutschen Sprach- und Landeskenntnissen leichter für Wirtschaft und Gesellschaft gewonnen werden können.

Eigeninitiativen der Wirtschaft sind aber von Nöten. Sie reagiert zu zögerlich. Allerdings

bleiben bisher die meisten dieser Zuwanderer nicht dauerhaft im Land und das werden sie auch künftig nicht tun. Sie müssen deshalb erst dauerhaft an Deutschland gebunden werden. Dies erfordert die Bereitschaft unserer Gesellschaft, eine langfristige Integration von Anfang an mitzudenken. Hier bietet ein Punktesystem, das Daueraufenthalt und den Zugang zur Staatsbürgerschaft nach transparenten Kriterien regelt, Transparenz, Anreizmöglichkeiten zur Integration und auch einen Filter zur Begründung von Absagen. Typischerweise erhalten nach einem Daueraufenthalt strebende Bewerber dabei Punkte für Alter, Ausbildung, Beruf und Jobangebot. Auch Integrationsleistungen wie Deutschkenntnisse, soziales Engagement, familiäre Bindungen, Aufenthalte in Deutschland, sowie Lehre, Studium und Arbeitszeiten im Land können und sollten im Punktesystem Berücksichtigung finden. Dadurch kann sich jeder ausrechnen, in welcher Weise sich Integrationsleistungen auszahlen.

Es ist deshalb erforderlich, Einwanderungspolitik als Werben um Staatsbürger zu begreifen. Der Königsweg dafür ist das hochgelobte Ausbildungs- und Universitätssystem. Wer eine Lehre oder ein Studium in Deutschland abgeschlossen hat, sollte ein hohes Gewicht (viele Punkte) bei der Erwerbung der deutschen Staatsbürgerschaft erhalten. Investitionen in den Bildungsbereich und internationale Werbung für eine Ausbildung bei uns wäre dann nicht nur ein überzeugendes Element der Einwanderungspolitik, sondern würden auch die Perspektiven des eigenen Nachwuchses durch attraktive Rahmenbedingungen stärken.

Der Autor ist Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und Wirtschaftsprofessor der Universität Bonn.